

Inhaltsverzeichnis

Vorwort V

Inhaltsverzeichnis

VII

Einleitung

1

A. Problemstellung

1

B. Forschungsziel

2

C. Methodik

4

I. Rechtsdogmatische Herangehensweise mit praktischen Ergänzungen

4

II. Gang der Untersuchung im Einzelnen

5

III. Thematische Begrenzung der Arbeit

7

1. Konzentration auf die Person des bevollmächtigten Testamentsvollstreckers

7

2. Zeitliche Begrenzung

7

3. Inhaltliche Begrenzung

7

1. Kapitel Die Rechtsmacht des Testamentsvollstreckers

9

A. Gesetzlicher Rahmen

9

I. Funktion der Testamentsvollstreckung

9

II. Anordnung, Auswahl und Amtsbeginn

9

1. Anordnung der Testamentsvollstreckung

9

2. Auswahl einer geeigneten Person

10

3. Amtsbeginn in Abgrenzung zum Beginn der Wirkungen

10

III. Arten der Testamentsvollstreckung

11

IV. Rechtsstellung des Testamentsvollstreckers

12

1. Rechtsnatur der Testamentsvollstreckung

12

2. Gegenstand der Testamentsvollstreckung

13

3. Wille des Erblassers

14

V. Wirkungen der Testamentsvollstreckung

14

1. Verdrängungsprinzip

14

2. Abschirmung gemäß § 2214 BGB

15

3. Sondervermögen unter Testamentsvollstreckung

16

VI. Schutz des Erben

17

1. Pflichten und Haftung des Testamentsvollstreckers

17

2. Erbenschützende zwingende Regelungen

19

3. Missbrauch der Vertretungsmacht

19

4. Auskunftsrechte

19

5. Ausweg durch Ausschlagung

20

6. Keine nachlassgerichtliche Aufsicht und Kontrolle

20

7. Familien- und betreuungsrechtliche Genehmigungserfordernisse

21

VII. Beendigung des Amtes und Dauer der Testamentsvollstreckung	21
VIII. Legitimation und Schutz des guten Glaubens	22
1. Zeugnisse	22
a. Grundsatz	22
b. Testamentsvollstreckerzeugnis (TVZ)	23
c. Legitimation durch ein Europäisches Nachlasszeugnis (ENZ)	23
2. Alternative Legitimationsmöglichkeiten im Grundbuchverfahren	24
3. Legitimation vor dem Handelsregister	24
4. Schutz des guten Glaubens	25
B. Befugnisse des Testamentsvollstreckers	25
I. Vorbemerkung	25
II. Verwaltungsbefugnis	26
III. Verfügungsbefugnis	26
IV. Verpflichtungsbefugnis	27
V. In-Sich-Geschäfte	28
VI. Schenkungsverbot	29
VII. Aufgaben des Testamentsvollstreckers	29
VIII. Beschränkungen der Rechtsmacht nach dem Willen des Erblassers	30
IX. Hinweis auf die Zusammenfassung des 1. Kapitels	31
2. Kapitel Die Rechtsmacht des Bevollmächtigten	33
A. Gesetzlicher Rahmen	33
I. Die trans- oder postmortale Vollmacht als Alternative zur Testamentsvollstreckung	33
II. Erteilung der Vollmacht	33
1. Trans- und postmortale Wirkung der Vollmacht	33
2. Innen- und Außenvollmacht	34
3. Formfrei mit Ausnahmen	35
III. Arten der Vollmacht	35
1. Umfang der Vertretungsmacht und Erscheinungsformen	35
a. Grundsatz	35
b. Spezialvollmacht	36
c. Art- und Gattungsvollmacht	36
d. Generalvollmacht	37
2. Differenzierung nach der Anzahl der Vertreter	38
3. Differenzierung nach Aktiv- oder Passivvertretung	38
4. Differenzierung nach dem Vollmachtgeber	38

IV.	Rechtsstellung des Bevollmächtigten	38
1.	Handeln in fremdem Namen und nach dem Willen des Erben	38
2.	Gegenstand der Vollmacht	39
3.	Abstraktionsgrundsatz	39
V.	Wirkungen der Bevollmächtigung	40
1.	Keine Verdrängung und Abschirmung	40
2.	Kein Sondervermögen	41
3.	Surrogation	41
4.	Offenkundigkeit	42
5.	Missbrauch der Vertretungsmacht	42
6.	Keine nachlassgerichtliche Kontrolle des Bevollmächtigten	43
7.	Kontrolle durch andere Bevollmächtigte	43
8.	Familien- und betreuungsgerichtliche Genehmigungspflichten	43
VI.	Beendigung der Bevollmächtigung	43
1.	Vorbemerkung	43
2.	Widerruf	44
a.	Grundsätzlich freie Widerruflichkeit	44
b.	Erklärung und Wirkung des Widerrufs	44
c.	Unwiderrufliche Vollmachten	45
d.	„Erbrechtliche Verstärkung“ der Vollmacht	45
3.	Weitere Erlöschensgründe	45
a.	Erlöschen der Vollmacht mit Beendigung des Kausalverhältnisses	45
b.	Erlöschen durch den Tod des Bevollmächtigten	46
c.	Befristung oder Bedingung	46
4.	Fortwirkender Rechtsschein der Vollmachtsurkunde	46
VII.	Legitimation und Schutz des guten Glaubens	46
1.	Vereinfachung der Legitimation nach dem Erbfall	46
2.	Handelsregister und sonstige Register	46
3.	Besonderheiten bei Bankvollmachten	47
B.	Befugnisse des Bevollmächtigten	48
I.	Umfang der Verwaltungs-, Verfügungs- und Verpflichtungsbefugnisse des Bevollmächtigten	48
II.	In-Sich-Geschäfte	49
III.	Kein Schenkungsverbot	49
IV.	Kein Grundsatz der ordnungsgemäßen Verwaltung	49
V.	Keine zwingenden Regelungen	49
VI.	Keine gesetzliche zeitliche Grenze	50
C.	Zusammenfassung des 1. und 2. Kapitels	50
I.	Vorbemerkung	50
II.	Form und Beginn	50
III.	Verdrängung und Abschirmung	50

IV.	Grad der Unabhängigkeit	51
V.	Umfang der Rechtsmacht	51
VI.	Gesetzliche Schranken	51
VII.	Legitimation im Rechtsverkehr	52
VIII.	Ergebnis	52
3.	Kapitel Wechselwirkungen zwischen Vollmacht und Testamentsvollstreckung	53
A.	Die Verbindung von Vollmacht und Testamentsvollstreckung in einer Person	53
B.	Erweiterung der Befugnisse des Testamentsvollstreckers durch Vollmacht	54
I.	Überschneidung der Befugnisse	54
II.	Erweiterung der Befugnisse in zeitlicher Hinsicht	55
III.	Auslegung der Vollmacht	55
IV.	Erweiterung der Befugnisse in sachlicher Hinsicht	57
1.	Umfang des betroffenen Nachlasses	57
2.	Erweiterung des Aufgabenspektrums	58
V.	Entbindung von der gemeinschaftlichen Amtsführung	58
VI.	Ergebnis	58
C.	Verdrängungswirkung der Testamentsvollstreckung	58
I.	Umfang der Verdrängungswirkung	58
II.	Meinung <i>Reimann</i> : Beschränkung der Vollmacht durch Testamentsvollstreckung	59
III.	Herrschende Meinung: Unabhängigkeit beider Rechtsinstitute	60
IV.	Meinung <i>Rehmann</i> : Auslegung anhand der zeitlichen Reihenfolge	63
V.	Meinung <i>Strobel</i> : Vertretung des Erben und des Testamentsvollstreckers	63
VI.	Stellungnahme	64
VII.	Ergebnis	67
D.	Konfusion bei der Bevollmächtigung des alleinerbenden Testamentsvollstreckers	67
I.	Ausgangspunkt	67
II.	Sonderkonstellation des Alleinerben als Testamentsvollstrecker	67
III.	Der Streit um die Konfusion bei Alleinerbschaft	68
1.	Traditionelle Ansicht: Erlöschen der Vollmacht durch Konfusion	68
2.	Differenzierende Meinungen	68
a.	Begrenzung der traditionellen Ansicht bei berechtigtem Interesse	68

b.	Ausnahme der Legitimationswirkung durch Rechtsschein	69
aa.	Legitimation trotz Erlöschen der Vollmacht	69
bb.	Großzügige Anwendung der Rechtsscheingrundsätze	69
cc.	Restriktive Anwendung der Rechtsscheingrundsätze	71
3.	Gegenansicht: Vollmacht bleibt wirksam	72
a.	Konfusion passt begrifflich nicht	72
b.	Legitimationswirkung als berechtigtes Interesse	73
c.	Interessengerechte Auslegung	74
d.	Verfügungsbefugnis auf alternativer Grundlage	74
4.	Stellungnahme und Schlussfolgerung für den bevollmächtigten Testamentsvollstrecker	75
IV.	Ergebnis	77
E.	Gesetzliches Schuldverhältnis zwischen dem bevollmächtigten Testamentsvollstrecker und dem Erben	78
I.	Fragestellung	78
II.	Eignung eines gesetzlichen Schuldverhältnisses als Kausalgeschäft	78
III.	Pflichten des Bevollmächtigten aufgrund des testamentenvollstreckungsrechtlichen Grundverhältnisses	81
IV.	Ergebnis	81
F.	Zusammenfassung des 3. Kapitels	81
4.	Kapitel Die unwiderrufliche Vollmacht als Sonderfall	83
A.	Vorbemerkung	83
B.	Rechtsgeschäftliche Unwiderruflichkeit	83
I.	Zulässigkeit eines rechtsgeschäftlichen Widerrufsausschlusses	83
1.	Widerrufsausschluss zu Lebzeiten	83
2.	Widerrufsausschluss bei trans- und postmortalen Vollmachten	84
3.	Widerrufsausschluss bei der Vollmacht an den Testamentsvollstrecker	85
4.	Der Wandel der Vorsorgevollmacht nach dem Erbfall	86
5.	Einwand der Sittenwidrigkeit	87
II.	Kein Ausschluss bei wichtigem Grund	88
III.	Wirkung eines Widerrufs trotz Widerrufsausschlusses	89
IV.	Möglichkeit eines einseitigen Widerrufsausschlusses	89
1.	Die Fragestellung	89
2.	Herrschende Meinung: Vertragliche Vereinbarung notwendig	89
3.	Gegenansicht: Zulässigkeit eines einseitigen Widerrufsausschlusses	90
4.	Stellungnahme	90
5.	Ergebnis	90
V.	Zusammenfassung	91

C. Gesetzliche Unwiderruflichkeit durch Verdrängung	91
I. Problemlage	91
II. Anwendungsbereich des § 2211 BGB	92
1. Zeitliche Anwendbarkeit	92
2. Sachliche Anwendbarkeit	92
III. Diskussionsstand zur Verdrängung des Vollmachtswiderrufs	93
1. Erste Ansicht: Ablehnung einer Verdrängungswirkung	93
2. Zweite Ansicht: Befürwortung der Verdrängungswirkung	94
3. Stellungnahme	94
a. Identifizierung der zentralen Begriffe	94
b. Verwendung der Argumentation zum Widerruf eines Miterben	95
aa. Parallel geführter Streit um die gleichen Begriffe	95
bb. Überwiegende Meinung: Widerrufsrecht des einzelnen Miterben	95
cc. Gegenansicht: Widerrufsrecht der gesamten Erbengemeinschaft	96
dd. Stellungnahme zur Frage des Widerrufs durch einen Miterben	96
aaa. Zwei Auslegungsmöglichkeiten	96
bbb. Die Vollmacht als Nachlassgegenstand	96
ccc. Der Widerruf als Nachlassgegenstand	98
ddd. Verfügung	99
(1) Definition des Verfügungsbegriffs	99
(2) Widerruf der Vollmacht und Widerruf des Grundgeschäfts	99
(3) Veränderung und Aufhebung eines Rechts	101
(4) Das Objekt der Verfügung	102
(5) Unmittelbarkeitserfordernis	102
(6) Zwischenergebnis	103
eee. Verwaltungsmaßnahme der Erbengemeinschaft	103
fff. Ergebnis	104
ee. Verwendbarkeit dieser Argumentation für den vorliegenden Fall	104
c. Verwaltungsmaßnahme des Testamentsvollstreckers	105
d. Vollmacht als Grundlage für die Widerrufsbefugnis	106
e. Keine Verdrängung des Widerrufs bei wichtigem Grund	107
aa. Der wichtige Grund als Ausnahmetatbestand	107
bb. Vorschlag einer Analogie zu § 2038 Abs. 1 S. 2, Hs. 2 BGB	107
cc. Entlassung gemäß § 2227 BGB	108
dd. Widerruf aus wichtigem Grund lässt Unwiderruflichkeit bestehen	108

f.	Unwiderruflichkeit von Generalvollmachten und isolierten Vollmachten	109
g.	Privatautonomie und Vertrag zu Lasten Dritter	110
h.	Schutz nicht verfügungsbeschränkter Miterben	111
i.	Verdrängungswirkung auch beim Grundgeschäft	111
4.	Ergebnis und Zusammenfassung	112
D.	Faktische Unwiderruflichkeit	113
I.	Vorbemerkung	113
II.	Faktische Unwiderruflichkeit in der Übergangszeit	113
1.	Widerrufsbefugnis im Übergangszeitraum	113
2.	Ausschluss der Verfügungsbefugnis des Erben bereits ab dem Erbfall	114
3.	Ausnahme bei aufschiebend bedingter Testamentsvollstreckung	114
4.	Alternative Lösungsmöglichkeiten für die Übergangszeit	115
a.	Pflegschaftslösungen	115
b.	Notbetreuung nach dem Tode	115
c.	Nachträgliche Genehmigung schwebend unwirksamer Rechtsgeschäfte	115
5.	Ausnahmsweise Widerrufsbefugnis des Erben im Übergangszeitraum	116
a.	Ansicht von <i>Schild</i> und <i>Tschauner</i> : Widerrufsbefugnis des Erben vor Amtsannahme	116
b.	Meinung von <i>Strobel</i> : Differenzierung nach der Person des Bevollmächtigten	117
c.	Stellungnahme	117
aa.	Verwaltungskompetenz des Testamentsvollstreckers	117
bb.	Schutz des Erben in der Übergangszeit	118
cc.	Kein Verstoß gegen den Gedanken des § 137 BGB	119
dd.	Kontrollvollmacht	119
d.	Ergebnis	120
III.	Faktische Unwiderruflichkeit mangels Information des Erben	120
1.	Ausgangssituation	120
2.	Rechtsprechung und Teil der Literatur: Keine Rückfragepflicht	120
3.	Gegenmeinung: Befürwortung einer Rückfragepflicht	122
4.	Erblasserfreundliche Ansicht: Auslegung des Erblasserwillens	123
5.	Meinung <i>Hopt</i> : Form des Vertretergeschäfts als Richtschnur	124
6.	Erbenfreundliche Meinung: Informations- und Benachrichtigungspflicht	124
7.	Stellungnahme	125
a.	Wille des Erben maßgeblich	125
b.	Bevollmächtigung des Testamentsvollstreckers und Rücksichtnahmepflicht	126
c.	Reichweite der Rücksichtnahmepflicht	126
d.	Grenzen der Verpflichtung	126

e.	Rechtsfolge: Faktische Unwiderruflichkeit der Vollmacht	127
f.	Schlussfolgerung für die Praxis	128
8.	Ergebnis	128
E.	Empfehlungen für die Praxis	128
I.	Gestaltungsempfehlungen für den Erblasser	128
1.	Ziele des Erblassers als Richtschnur	128
2.	Ziel: Unwiderrufliche Vollmacht für den Testamentsvollstrecker	129
a.	Gesetzlich unwiderrufliche Vollmacht	129
b.	Widerrufliche oder teilweise widerrufliche Vollmacht	129
c.	Formulierungsvorschlag für die „erbrechtliche Verstärkung“	129
3.	Ziel: Rückübertragung der Widerrufsbefugnis an den Erben	130
a.	Vollständige Rückübertragung	130
b.	Ausnahme der Vollmacht an den Testamentsvollstrecker	130
c.	Zustimmungserfordernis als milderes Mittel	130
d.	Parallele Widerrufsbefugnis	130
e.	Formulierungsvorschlag für die parallele Widerrufsbefugnis	131
4.	Ziel: Andere Wege zum Schutz des Erben	131
a.	Kontrollbevollmächtigte und Kontrolltestamentsvollstrecker	131
b.	Mitvollstreckung	132
c.	Befristete Suspendierung der Vollmacht als milderes Mittel	132
II.	Schützende Rechte des Erben	134
III.	Handlungsempfehlungen für den Testamentsvollstrecker	134
F.	Zusammenfassung des 4. Kapitels	135
5.	Kapitel Folgen von Umgehungsgeschäften durch unwiderrufliche Vollmachten	137
A.	Gefahr der Umgehung bei unwiderruflichen Vollmachten	137
B.	Definition der Umgehung	138
C.	Ausdrückliche Umgehungsverbote im Gesetz	139
D.	Rechtsfolgen einer Umgehung	140
I.	Vorbemerkung	140
II.	Nichtigkeit als Rechtsfolge	140
1.	Darstellung des Lösungsansatzes	140
2.	Bewertung	141
III.	Lösung über die Sittenwidrigkeit	141
1.	Darstellung des Lösungsansatzes	141
2.	Bewertung	142
IV.	Treu und Glauben	142
1.	Darstellung des Lösungsansatzes	142
2.	Bewertung	142

V.	Scheingeschäft	142
1.	Darstellung des Lösungsansatzes	142
2.	Bewertung	143
VI.	Lösungsvorschlag von <i>Mayer-Maly</i> : Eigenes Rechtsinstitut der Umgehung	143
1.	Darstellung des Lösungsansatzes	143
2.	Bewertung	144
VII.	Herrschende Meinung: Auslegung, Analogie und Gleichstellung	145
1.	Darstellung des Lösungsansatzes	145
2.	Bewertung	147
VIII.	Zwischenergebnis	147
E.	Stand der erbrechtlichen Diskussion	147
I.	Fragestellung	147
II.	Rechtsprechung	147
III.	Meinung <i>Reimann</i> : Unwiderrufliche Vollmacht als Testamentsvollstreckung	148
IV.	Meinung <i>Muscheler</i> : Unzulässigkeit der nur postmortalen Unwiderruflichkeit	148
V.	Meinung <i>Grün</i> : Umdeutung in eine widerrufliche Vollmacht	149
VI.	Meinung <i>Tschauner</i> : Differenzierende Lösung	149
VII.	Meinung <i>Reithmann</i> : Kautelarjuristische Lösung	150
VIII.	Meinung <i>Schubert</i> und <i>Papenmeier</i> : Keine Umgehung durch unwiderrufliche Vollmacht	151
IX.	Stellungnahme	151
1.	Kritik an den bisherigen Lösungsvorschlägen	151
a.	Keine Auslegung als Testamentsvollstreckung	151
b.	Keine Umdeutung in widerrufliche Vollmacht	152
c.	Ungeeignetheit der Unterscheidung nach dem Zeitpunkt der Unwiderruflichkeit	153
d.	Zwischenergebnis	153
2.	Eigener Vorschlag: Anwendung der allgemeinen herrschenden Meinung zur Behandlung einer Umgehung auf die Bevollmächtigung des Testamentsvollstreckers	153
a.	Vorgehensweise	153
b.	Keine Abhilfe durch Auslegung	154
c.	Die Vollmacht als Nachbildung der Testamentsvollstreckung	154
aa.	Analogie	154
bb.	Vergleichbarkeit der Interessenlage	154
3.	Ergebnis der Stellungnahme	157

F.	Umfang der Rechtsfolgen einer Gleichstellung mit der Testamentsvollstreckung	157
I.	Problemlage	157
II.	Umsetzung der Gleichstellung	158
III.	Prüfungsmaßstab	158
	1. Vorbemerkung	158
	2. Qualität des umgangenen Gesetzes	159
	3. Einzel- oder Gesamtanalogie	160
	a. Fragestellung	160
	b. Dispositivität des Testamentsvollstreckungsrechts	161
	c. Erbrechtlicher Typenzwang	162
	aa. Mögliche Folge des Typenzwangs	162
	bb. Definition des erbrechtlichen Typenzwangs	162
	cc. Rechtsnatur der Vollmacht	162
	dd. Kein Verstoß gegen das Rahmenmodell der Testamentsvollstreckung	164
	ee. Ergebnis zum erbrechtlichen Typenzwang	164
	4. Ergebnis zur Umsetzung und zum Umfang der Gleichstellung	164
G.	Die Gleichstellung anhand ausgewählter Beispiele	165
I.	Zwingende erbenschützende Vorschriften	165
II.	Zwingendes Recht des § 2220 BGB	166
III.	In-Sich-Geschäfte und ordnungsgemäße Verwaltung	167
	1. Befreiung des Testamentsvollstreckers als Grundlage	167
	2. Gleichstellung des unwiderruflich Bevollmächtigten	167
	3. Rechtsfolgen bei Verstoß gegen die ordnungsgemäße Verwaltung	168
	4. Keine Konsequenzen für den widerruflich Bevollmächtigten	169
	5. Nachweis der Befreiung	169
	6. Ergebnis	169
IV.	Keine Umgehung des Amtsbeginns	170
V.	Analogie zur zeitlichen Begrenzung	170
VI.	Schenkungen des unwiderruflich bevollmächtigten Testamentsvollstreckers	173
	1. Eingrenzung	173
	2. Das Schenkungsverbot für den Testamentsvollstrecker	174
	3. Gesetzliche Unwiderruflichkeit bei Schenkungen	175
	a. Problemlage	175
	b. Umfang des Schenkungsrechts des Erben	175
	aa. Fragestellung	175
	bb. Zweck der Schenkungsverbote	176
	cc. Umfang der Rechtsmacht des Erblassers	176
	c. Folge für die gesetzliche Unwiderruflichkeit	178
	4. Einseitig zwingender Charakter des Schenkungsverbots	178

5. Auslegung der §§ 2205 S. 3 und 2207 S. 2 BGB	179
6. Analogie und Gleichstellung	179
7. Ermöglichung von Schenkungen des bevollmächtigten Testamentsvollstreckers	180
a. Schenkungen auf der Grundlage der Vollmacht	180
b. Zustimmungslösung	180
c. Freigabelösung	180
d. Aufschiebend bedingter Beginn der Testamentsvollstreckung	180
e. Verhinderung der faktischen Unwiderruflichkeit	180
f. Lösung über die „Rückgabe“ der Widerrufsbe fugnis an den Erben	181
aa. Grundsatz	181
bb. Schenkungen bei widerruflicher Vollmacht	181
cc. Verhinderung eines Widerrufs der Schenkungsvollmacht	181
dd. Formulierungsvorschlag für ein Widerrufsrecht des Erben	182
ee. Formulierungsvorschlag für die Schenkungserlaubnis in der Vollmacht	182
8. Ergebnis zur Schenkungsbe fugnis des unwiderruflich bevollmächtigten Testamentsvollstreckers	182
VII. Formzwang für die unwiderrufliche Vollmacht	183
1. Problemlage	183
2. Zwingende Vorschrift des § 2197 BGB	183
3. Gleichstellung der Form der unwiderruflichen Vollmacht	183
4. Folgen der Nichteinhaltung des Formerfordernisses	186
5. Ergebnis zum Formerfordernis der unwiderruflichen Vollmacht	186
H. Nachweis der (Un-)Widerruflichkeit im Rechtsverkehr	186
I. Fragestellung	186
II. Legitimation im Zeitraum ab Erteilung des TVZ bzw. ENZ	187
III. Legitimation im Übergangszeitraum bis zur Erteilung eines TVZ bzw. ENZ	188
IV. Legitimation nach Abschluss der Testamentsvollstreckung	189
I. Zusammenfassung des 5. Kapitels	189
6. Kapitel Praktische Auswirkungen der Bevollmächtigung des Testamentsvollstreckers	191
A. Kostenvorteil bei gerichtlichen Anträgen	191
I. Keine Gemeinnützigkeit bei Erbscheinsantrag des Testamentsvollstreckers	191
II. Ähnlich gelagerte Fälle	192
III. Die Alternative	192

B.	Abwicklung des digitalen Nachlasses	193
I.	Problemlage	193
II.	Zugangsproblematik	193
III.	Berechtigung des bevollmächtigten Testamentsvollstreckers	194
	1. Definition des „digitalen Nachlasses“	194
	2. Vererbbarkeit des digitalen Nachlasses	195
	3. Testamentsvollstreckung	198
	4. Umfang der Befugnisse eines Bevollmächtigten	198
IV.	Legitimation des bevollmächtigten Testamentsvollstreckers	198
V.	Hinweise und Formulierungsempfehlungen	200
	1. Vorbemerkung	200
	2. Formulierungsempfehlungen	201
	a. Vollmacht	201
	b. Verwaltungsanweisung für den Testamentsvollstrecker	201
VI.	Ergebnis	202
C.	Voreintragung bei Finanzierungsgrundpfandrechten	202
I.	Vorbemerkung	202
II.	Grundsätze der Voreintragung	202
III.	Neue Ansicht: Analogie zu § 40 Abs. 1 Alt. 2 GBO	204
IV.	<i>Goldkamp</i> : Direkte Anwendung des § 40 Abs. 1 Alt. 2 GBO	205
V.	<i>Cramer</i> : Analogie zu § 40 Abs. 1 Alt. 1 GBO	206
VI.	Traditionelle Auffassung: Voreintragung erforderlich	206
VII.	Stellungnahme	207
	1. Gleichstellung des Bevollmächtigten mit einem Nachlasspfleger	207
	2. Keine Gleichstellung des Bevollmächtigten mit dem Erblasser	208
	3. Wortlaut und Analogiefähigkeit	208
	4. Besonders schutzbedürftige Erben	210
	5. Bewilligung durch den unwiderruflich bevollmächtigten Testamentsvollstrecker	210
VIII.	Ergebnis	211
IX.	Zusammenfassung	211
D.	Genehmigungserfordernisse bei beschränkt geschäftsfähigen oder geschäftsunfähigen Erben	212
I.	Problemlage	212
II.	Genehmigungserfordernisse beliebiger Bevollmächtigter	212
	1. Vorbemerkung	212
	2. Herrschende Meinung: Keine Genehmigung erforderlich	212
	3. Gegenansicht: Kein Unterschied zum gesetzlichen Vertreter	214
	4. Stellungnahme	215
	a. Kritik	215
	b. Der Wille des Gesetzgebers	216

c. Differenzierungsgebot	218
d. Zwischenergebnis	219
5. Auswirkungen auf das grundbuchrechtliche Verfahren	219
6. Ergebnis	220
III. Folgen für den unwiderruflich bevollmächtigten Testamentsvollstrecker	221
1. Genehmigungsfreiheit bei Deckungsgleichheit	221
2. Sicherung des Widerrufs aus wichtigem Grund	222
IV. Zusammenfassung	222
E. Bevollmächtigung als Alternative zur Dauertestamentsvollstreckung über Stiftungsvermögen	223
I. Problemlage	223
II. Grundlagen der Entstehung einer Stiftung	223
III. Unzulässigkeit der Dauertestamentsvollstreckung über Stiftungsvermögen	224
IV. Folgen für die Umsetzung des Willens des Erblassers	225
1. Kein Scheitern der Stiftungserrichtung	225
2. Ausnahme bei Zustiftungen	225
3. Weitere Auslegungsmöglichkeiten	226
4. Möglichkeit der Umdeutung in eine dauerhafte und unwiderrufliche Bevollmächtigung des Testamentsvollstreckers über das Stiftungsvermögen	226
a. Vollmacht an den Testamentsvollstrecker	226
b. Grundsätzliche Widerruflichkeit der Vollmacht	226
aa. Keine Unwiderruflichkeit durch die Verdrängungswirkung	226
bb. Rechtsgeschäftlicher Ausschluss des Widerrufs	227
cc. Erbrechtliche Verstärkung	228
V. Zusammenfassung	229
F. Vorgaben nach dem Rechtsdienstleistungsgesetz	230
I. Fragestellung	230
II. Das Rechtsdienstleistungsgesetz	230
III. Die Testamentsvollstreckung als erlaubte Ausnahme	230
IV. Rechtsdienstleistungen des Testamentsvollstreckers als Bevollmächtigtem	230
1. Auslegungsbedarf	230
2. Schwelle der Rechtsdienstleistung	231
a. Definition der Rechtsdienstleistung	231
b. Rechtliche Prüfung	231
aa. Begriffsbestimmung	231
bb. Ausschluss der bloßen Stellvertretung	233
cc. Rechtliche Handlungen im Rahmen der Testamentsvollstreckung	234

c.	Konkrete fremde Angelegenheit	235
d.	Einzelfallprüfung	236
e.	Keine Ausnahme nach § 2 Abs. 3 RDG	236
f.	Inkassodienstleistungen	236
g.	Außergerichtliche Rechtsdienstleistungen	236
h.	Ergebnis zur Rechtsdienstleistung des Testamentsvollstreckers als Bevollmächtigtem	237
3.	Erlaubnis nach § 6 RDG	237
4.	Erlaubnis nach § 5 Abs. 2 Nr. 1 RDG	237
a.	Rechtsdienstleistungen im Rahmen einer Testamentsvollstreckung	237
b.	Anforderungen an den Zusammenhang	238
aa.	Nähe zum Tätigkeitsfeld der Testamentsvollstreckung	238
bb.	Deckungsgleichheit der Vollmacht mit der Testamentsvollstreckung	239
cc.	Zeitlich vorgelagerte Tätigkeiten im Übergangszeitraum	241
dd.	Handeln des Bevollmächtigten nach Beendigung der Testamentsvollstreckung	242
ee.	Handeln des Bevollmächtigten zu Lebzeiten	242
ff.	Inhaltliche Erweiterung der Testamentsvollstreckung	243
c.	Ergebnis zur Erlaubnis aus § 5 Abs. 2 Nr. 1 RDG	244
5.	Erlaubnis nach § 5 Abs. 1 RDG	244
a.	Auffangtatbestand	244
b.	Haupttätigkeit	244
c.	Rechtsdienstleistung i.S.d. § 2 Abs. 1 RDG	244
d.	Nebenleistung	245
e.	Zusammenhang	246
f.	Ergebnis	246
V.	Zusammenfassung und Empfehlung für die Praxis	246
G.	Umfang der Berufshaftpflichtversicherung am Beispiel eines Rechtsanwalts	247
I.	Problemlage	247
II.	Regelmäßig versicherte Tätigkeiten	247
1.	Berufshaftpflichtversicherung des Rechtsanwalts	247
a.	Berufsrechtliche Verpflichtung	247
b.	Anwaltliche Tätigkeit	248
aa.	Reichweite mitversicherter Tätigkeiten	248
aaa.	Urteil des OLG Köln vom 24.05.2022	248
bbb.	Urteil des BGH vom 27.01.2021	249
ccc.	Zustimmung der Literatur	250
bb.	Keine anwaltliche Tätigkeit des Bevollmächtigten	250
cc.	Zwischenergebnis	250

c.	Versicherungsrechtlicher Begriff des Testamentsvollstreckers	250
aa.	Mögliche Interpretationsansätze	250
bb.	Bewertung	251
aaa.	Berufliche Interpretation	251
bbb.	Ausnahmecharakter der Katalogtätigkeiten	251
ccc.	AGB-Prüfung und enges Verständnis von AVB in der Rechtsprechung	252
ddd.	Wirkungen der Testamentsvollstreckung als Grenze	252
eee.	Kein Vertrauensschutz Dritter auf den Versicherungsschutz	254
fff.	Strengere Kriterien für Berufsangehörige	254
cc.	Zwischenergebnis zur Auslegung des Begriffs „Testamentsvollstrecker“	254
III.	Spezielle Berufshaftpflichtversicherungen für bevollmächtigte Testamentsvollstrecker	255
IV.	Ergebnis	255
7.	Kapitel Zusammenfassung und Schlussbetrachtung	257
A.	Zusammenfassung	257
I.	1. Kapitel und 2. Kapitel: Die Rechtsmacht des Testamentsvollstreckers und die Rechtsmacht des Bevollmächtigten	257
II.	3. Kapitel: Wechselwirkungen zwischen Vollmacht und Testamentsvollstreckung	258
III.	4. Kapitel: Die unwiderrufliche Vollmacht als Sonderfall	259
IV.	5. Kapitel: Folgen von Umgehungsgeschäften durch unwiderrufliche Vollmachten	260
V.	6. Kapitel: Praktische Auswirkungen der Bevollmächtigung des Testamentsvollstreckers	261
1.	Aspektorientierter Ansatz	261
2.	Kostenvorteil bei gerichtlichen Anträgen	261
3.	Abwicklung des digitalen Nachlasses	261
4.	Voreintragung bei Finanzierungsgrundpfandrechten	261
5.	Genehmigungserfordernisse bei beschränkt geschäftsfähigen oder geschäftsunfähigen Erben	261
6.	Bevollmächtigung als Alternative zur Dauertestamentsvollstreckung über Stiftungsvermögen	262
7.	Vorgaben nach dem Rechtsdienstleistungsgesetz	262
8.	Umfang der Berufshaftpflichtversicherung am Beispiel eines Rechtsanwalts als bevollmächtigtem Testamentsvollstrecker	263
B.	Schlussbetrachtung	263

ANHANG	265
I. Formulierungsvorschlag für eine transmortale begleitende Vollmacht für den Testamentsvollstrecker	265
II. Formulierungsvorschlag für eine postmortale auflösend bedingte Vollmacht für den Testamentsvollstrecker	268
Literaturverzeichnis	271